

BESCHLUSS NATIONALPARK WALD

Veröffentlicht am 3. Oktober 2019

Tags: [Aktionsplan](#), [Wald](#)

In Umsetzung des Waldaktionsplans fordern die Freien Demokraten einen Maßnahmenkatalog, der die bisherigen Maßnahmen etwa aus dem Jahr 2014 prüft, bündelt und weiterentwickelt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es

1. wichtig ist, grundsätzlich Bereiche zu unterscheiden, die ohne Nutzfunktion sein können und in der Kernzone des Nationalpark Harz ausschließlich natürlichen Gesichtspunkten unterliegt und in solche, die anderen Zwecken dienen. Flächen, die dem Naturschutz dienen, wie in Nationalparks, sollen der natürlichen Sukzession und anderen natürlichen Prozessen überlassen sein. In anderen Gebieten, die ausschließlich Schutz- und anderen Zwecken dienen (z.B. die Kernzone des Nationalparks Harz) sollen Maßnahmen für andere Waldgebiete ausgehen. Die stattfindenden Maßnahmen sollten bestmöglich erklärt werden, um negative Auswirkungen

auf die Holzpreisbremse zu verhindern.

2. Bewirtschaftungsmaßnahmen, die auf die Anpassung an ein zukünftiges Klima zielen sind. Das heißt z. Bsp.:A) Eine stärkere Mischung von Baumarten, etwa durch die Unterpflanzung von fehlenden Baumarten, oder der genetischen Variation durch Berücksichtigung von Bäumen aus unterschiedlichen Regionen kommen, vor allem aus Regionen, die mit den zukünftigen Klimabedingungen gut angepasste Bäume erwarten lassen.B) Die Erhöhung der Waldstrukturmehrfachnutzung und die Verkürzung der Umtriebszeit.C) Den Einsatz von Baumarten, die mit den Witterungsbedingungen besser fertig werden, etwa die Douglasie eingesetzt werden kann, bedarf einer Überprüfung des sogenannten pnV (der potentiell natürlichen Vegetation). Hier können zusätzliche Baumarten genutzt werden und Versuche mit konventionell und genetisch modifizierte Varianten von Baumarten werden, um Erkenntnisse zu gewinnen, die unsere Wälder vor den Auswirkungen des Klimawandels schützen.

Zudem muss die Landesregierung

- sich zumindest für den Aufbau einer Ausgleichsruücklage für die Waldbauern einsetzen, um den Verlust zu entlasten;
- das Ziel aufgeben, weitere Flächen selbst zu uüberlassen – vielmehr muss auch auf bereits genutzten Flächen eine restriktive Bewirtschaftung wiederhergestellt werden, um ein Absterben des Waldes zu vermeiden;
- eine Landes-Taskforce neben den Forstexperten aus den Ministerien bilden, in der auch die Waldbesitzer, Vertreter der Holzwirtschaft und Experten für Waldgesundheit, etwa aus Verbänden, daran teilnehmen;
- die wissenschaftliche Forschung bestmöglich nutzen. Aus allen derzeit schon vorhandenen Prognosen für unterschiedliche Klimaszenarien zu standortangepasste Waldumbau- und -erhaltungsempfehlungen zu entwickeln;

- das Monitoring der Daten erheben und fortlaufend in die Modelle einarbeiten
- die Öffentlichkeit über den Fortgang des Waldumbaus informieren.

Sicherheitsaspekte wie die Gefahr von Sturmbäumen aber auch vor übermäßigem Verbiss und die Prüfung der Gefahr der Kalkung von Wäldern und Maßnahmen gegen Waldschäden sind zu berücksichtigen. Ebenso sollte sich die Landesregierung dafür einsetzen, den Wert des Waldes als CO₂-Speicher über den Emissionshandel zu bewerten. Der Wert des Waldes für den Klimaschutz den Waldbauern erstatten.